Die Republik Oesterreich.

Von H. H. Von Mellenthin.

I.

Der Zeitpunkt für den Anschluß an Deutschland verpaßt. — „Deutsch" vor „Oesterreich" gestrichen. — Der Bundesstaat von acht Einzelstaaten. — Gegensatz zwischen Wien und den Außenländern. — Sozialisten und Christlichsoziale. — Die Los-von-Wien-Bewegung. — Neue Orientierungen der Republik Oesterreich. — Der Umfall des Großkapitals. — Das Gesetz der Gravitation. — Ein wirtschaftliches Mitteleuropa mit der Expansion nach Osten.

Die österreichische Nationalversammlung hat den Friedensvertrag von St. Germain mit allen Stimmen gegen die der Alldeutschen ratifiziert. Die amtliche Bezeichnung für den neuen Staat, welchem der Friedensvertrag die Grenzen bestimmt hat, lautet „Republik Oesterreich". Die Republik Oesterreich wird, den Bestimmungen der, der Nationalversammlung zur Zeit zur Beratung und Annahme vorliegenden Verfassung entsprechend, einen aus acht Einzelstaaten sich zusammensetzenden Bundesstaat, mit Einschluß auch Deutsch-Westungarns, darstellen.

Durch die Verträge von Versailles und St. Germain und durch die Verfassung ist die Idee eines Zusammenschlusses des Deutschen Reichs und Deutsch-Oesterreichs erledigt. Die Erklärung der österreichischen Nationalversammlung vom November 1918, welche den Anschluß an das Deutsche Reich aussprach, ist aufgehoben. Der Paragraph der neuen Verfassung des Deutschen Reichs, welcher Deutsch-Oesterreich eine beratende Vertretung im deutschen Reichsrat (früher Bundesrat) gewährte, bis der Anschluß vollständig durchgeführt sei, ist ausgestrichen. Es gibt kein „Deutsch-Oesterreich" mehr. Die Republik Oesterreich muß sich politisch in einer anderen Richtung orientieren.

In welcher Richtung auch immer, auf jedem der Entwicklung offenen Wege und schon unter dem Gesetz der Gravitation werden die Republik Oesterreich und das Deutsche Reich sich einmal doch zusammenfinden und zusammenkommen müssen, welch äußere Form ein solcher Zusammenschluß auch immer annehmen möge. Denn die geschichtliche Entwicklung läßt sich nicht unter die Bestimmungen eines Gewaltfriedens knechten, noch die historische Logik unter die Willkür und die Einseitigkeit der Erwägung auf Grund des Augenblickserfolges und Ausnützung eines Augenblicksvorteils beugen. Wenn der deutschen Volkheit heute das Recht der Selbstbestimmung seiner Geschicke, durch die Verträge von Versailles und von St. Germain, abgesprochen wird, so mag solche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands und Oesterreichs unter der Erwägung der Sonderinteressen der den Frieden als Sieger diktierenden Partei erklärlich und von solchem Sieges- und Interessenstandpunkt aus selbst gefordert erscheinen. Aber die Geltung auch solcher Diktatur kann nicht von Ewigkeitsdauer sein, und auch die weitere Zukunftsausgestaltung der Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland wird nicht bestimmt von Vertrags-Paragraphen, sondern sie wird sich vollziehen den ehernen Regeln entsprechend, welche auch der Daseinsbetätigung der Völker gesetzt sind.

Bei der Betrachtung solcher Zukunftsmöglichkeiten muß man die Sentimentalität ausschalten. Nicht mit durch Tränen über erlittenen Verlust verschleierten Augen soll man in die Zukunft blicken; das Gegreine und Geweine sollte aufhören. Man muß den Tatsachen offen ins Gesicht sehen und sich bei der Bewertung der Entwicklungsmöglichkeiten auf den Boden solcher Tatsachen stellen, auch auf den festen Boden der Tatsachen, welche sich für eine neue politische Orientierung der Republik Oesterreich ergeben.

Eine solche Bewertung soll in den folgenden Ausführungen vorgenommen werden. Folgende Möglichkeiten werden, unter diesem Gesichtspunkt, zu betrachten und zu besprechen sein.

1. — Wiederaufrichtung der Monarchie.
2. — Die italienische Orientierung.
3. — Die Donau-Föderation.
4. — Zusammenschluß ganz Mitteleuropas zu einer wirtschaftlichen Gemeinschaft mit Expansionsrichtung nach Osten.

Bei der Besprechung solcher Möglichkeiten soll ganz abgesehen werden von dem Augenblicksfaktor des Einspruchs von außen auf Grund einer zufälligen Machtvollkommenheit. Die Machtverhältnisse, wie sie sich etwa in der Zukunft gestalten können, sollen überhaupt außer Erwägung bleiben. Die Betrachtung der Entwicklungsmöglichkeiten soll vielmehr in den Gesichtswinkel des geschichtlichen Zusammenhanges mit den für die Betätigung und Vollendung der Daseinskreise auch der Völker gegebenen Regeln eingestellt werden. Den Tatsachen soll ins Auge geschaut und die Entwicklungsverhältnisse, wie sie aus jenen sich ergeben können, sollen erörtert werden; ohne Voreingenommenheit und ohne Sentimentalität.

* * *

Wie ist es gekommen, daß die anfänglich in hellen Flammen aufloternde Begeisterung für den Zusammenschluß zwischen Oesterreich und Deutschland so schnell verraucht ist? Die Wasserstrahlen der Spritzenmannschaft, welche die Pariser Konferenz aufspritzen ließ, hätten die Glut solchen Zusammenhangsgefühls kaum zu kühlen vermocht. Auch die, an sich praktische, Erwägung, daß durch einen Zusammenschluß die Lösung der Ernährungsfrage wesentlich kompliziert worden wäre, ist nicht von Ausschlag gewesen, obwohl auch bei den Völkern der Weg zum Herzen oft durch den Magen gegangen ist. Man wird sich der Auffassung nicht entziehen können, daß auch der ursprünglich laute Enthusiasmus für den Zusammenschluß mit hervorgerufen worden war von der gleichen Bedrängnis und unter der Einwirkung der beide gleich hart drückenden bitteren Not der Stunde. Der Zusammenschluß erschien als der einzig mögliche Weg zur Rettung aus der Gegenwartsnot und als der einzige mögliche Anker für die Zukunftshoffnung. Die Nerven hatten in Deutschland wie in Oesterreich ausgegeben, und so manche glaubten, sich in die Sentimentalität des großdeutschen Gedankens betten zu können. Die Wirklichkeiten aber der Augenblickslage duldeten keine Sentimentalitäten, erkannten die Gefühlsaufwallung als ausgestaltenden Faktor nicht an.

Der Enthusiasmus, mit welchem, schon im November, die österreichische Nationalversammlung den Anschluß an Deutschland beschloß und verkündete, war gewiß ein ungekünstelter. Der Eifer, mit welchem besonders die Jugend sich bereits an Werk machte, die schwarz-gelben Grenzpfähle niederzureißen, war gewiß dem großdeutschen Gedanken und dem lebendig gebliebenen Glauben an eine Wiedervereinigung mit Deutschland entsprungen. Auch in Deutschland schwärmte man davon, daß mit dem Fortfall der dynastischen Erwägungen und der Sonderinteressen der Kabinettspolitik die Stunde für den Zusammenschluß der deutschen Volkheit gekommen sei. In Berlin fanden Verhandlungen mit dem österreichischen Gesandten in Weimar, mit der Sondermission Dr. Bauer, dem österreichischen Auslandminister, statt. Und es war solche Schwärmerei, welche der deutschen Verfassung den Paragraphen für die Vertretung Oesterreichs im deutschen Reichsrat einfügte.

Man hat Deutschland den Vorwurf gemacht, daß es über die Arbeit mit der Revolution den rechten Augenblick für den Zusammenschluß der deutschen Volkheit verpaßt habe. Man hat die deutsche Regierung und Nationalversammlung mit der Verschuldung am Scheitern der Anschlußbewegung belastet. Nirgends, so wurde gesagt, sei die Anschlußfreude in Deutschland zu einer wahren Volksbewegung gediehen, und unter solchen Umständen sei auch in Oesterreich die ursprüngliche Begeisterung für den Anschluß merkwürdig schnell verraucht. Es schien alles so einfach, so ganz von selbst gegeben, wenn man nur ernstlich wolle und energisch vorginge. Die Schwärmer hatten denn auch ein Programm schnell beisammen: Aufhebung der politischen und wirtschaftlichen Schranken; Beteiligung der Oesterreicher an den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung; Errichtung gewisser gemeinsamer Reichsämter für Deutschland und Oesterreich; Konstituierung der Einheitlichkeit der Regierung.

Es ist an dieser Stelle, bereits bei der Besprechung der früheren Kriegsziel-Idee „Mitteleuropa", auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen worden, welche sich auch nur einem wirtschaftlichen Zusammenschluß des deutschen Kaiserreichs und der Habsburgischen Doppelmonarchie entgegenstellten. Wenn ein bayerischer Abgeordneter damals im Reichstag den Gedanken einer mitteleuropäischen Zollunion mit der aus solchem wirtschaftlichen Zusammenschluß entstehenden Konkurrenz für die bayerische Gerste und ein anderer mit der Gefahr für das Rott-Taler Rindvieh bekämpfte, so stellten diese Fälle durchaus nicht lediglich Lächerlichkeiten dar.

Die Frage aber bleibt offen, ob der Anschluß diesmal durch die allgemeine Volksbewegung in beiden Ländern und grade in Zusammenhang mit der Revolution hätte vollzogen werden können. Es fragt sich mindestens wenigstens, ob die Entente der vollendeten Tatsache gegenüber ihr Veto aufrechterhalten haben würde. Aber es ergaben sich, ganz abgesehen von diesem Veto, ganz abgesehen auch von den Fragen der Ernährung, der Kohlen, der Valuta, innere Schwierigkeiten.

In Oesterreich eskamotierte die Sozialdemokratie die Anschlußfrage als ihr ausschließliches Eigentum; sie stempelte sie direkt zur Parteisache. Die sozialistische Herrschaft in Wien hat in Oesterreichs Außenländern nicht nur den Enthusiasmus für den Anschluß wesentlich gedämpft, sie hat unter der Einwirkung jener Herrschaft sogar eine „Los von Wien"-Stimmung herausgebildet, welche, heute noch, den Bestand Oesterreichs selbst gefährdet. Davon zeugen die Hinneigung Tirols zu Bayern und die offenen Bemühungen Vorarlbergs um einen Anschluß an die Schweiz. Auch die kommunistische Schreckensherrschaft in München und die bolschewistischen Anschläge in Sachsen und Rheinland-Westfalen haben dazu beigetragen, daß der Gedanke eines Anschlusses an Deutschland unter den nichtsozialistischen Volkskreisen Oesterreichs schnell verblaßte.

Das entscheidende Wort aber hat nicht das Veto der Friedensverträge von Versailles und St. Germain, nicht die Umänderung der Bezeichnung „Deutsch-Oesterreich" in „Republik Oesterreich" gesprochen. Das Veto ist eine zufällige Willkür von heute und der Name an sich bedeutet auch in diesem Fall gar nichts. Zwischen Oesterreich und Deutschland ist die trennende Schranke aufgerichtet worden durch die Bestimmung der neuen österreichischen Verfassung, daß die Republik ein Bundesstaat sein solle. Das Deutschtum Oesterreichs hat sich nicht einmal für sich allein zu einer Einheit zusammenschließen können, es zerfällt in acht Einzelstaaten. Der Partikularismus, dieser Krebsschaden am Körper der deutschen Volkheit, hat sich auch in dieser Schicksalsstunde durchgesetzt.

* * *

Welche Rolle hat die Stadt Wien in der Anschlußbewegung gespielt und welche Stellung nimmt die Hauptstadt des früheren Kaiserstaates in der Republik Oesterreich ein? Das sind zwei Fragen, von deren Beantwortung viel für die Weiterentwicklung der Republik abhängt.

In dem herzzerreißenden Appell, welchen der österreichische Staatskanzler Dr. Karl Renner soeben über das Meer an die Bevölkerung dieses Landes gerichtet hat, (in der Montagnummer der „Staatsztg." zum Abdruck gelangt) ist eine Teilantwort enthalten. Am Schluß dieses Appells heißt es: „Daß Wien gezwungen ist, sich betreffs der Lebensmittelversorgung auf Amerika zu verlassen, steht, im Grunde, im Widerspruch zu den tatsächlichen Verhältnissen, denn nur wenige Stunden von Wien entfernt giebt es Gegenden, wo ein Ueberfluß an Nährmitteln vorhanden ist." Was soll damit gesagt sein? Das heißt, daß Wien heute vollständig von dem Verkehr selbst mit der nächsten Umgebung abgeschnitten ist; daß die Hauptstadt der Republik völlig isoliert ist. Und nicht der Mangel an Transportmitteln allein hat diese Verkehrsunterbindung veranlaßt. Es liegt Methode in dieser Isolierung und eine ganz bestimmte Absicht ihr zu Grunde. Sie ist zurückzuführen auf den Gegensatz zwischen den politischen Anschauungen der Hauptstadt und denen der Außenländer. Die „Los-von-Wien"-Bewegung will die sozialistisch regierte Hauptstadt aushungern.

Es war ein ergreifender, ein geschichtlicher Augenblick, als, am 24. September, im geschmückten Sitzungssaal der Nationalversammlung in Wien der Abschied stattfand von den „verlorenen Brüdern". Die bisherigen Landeshauptmänner, Dr. Lodgman für Deutschböhmen, Dr. Freißler für das Sudetenland und Kreishauptmann Teufel für den Kreis Deutschsüdmähren, waren zugegen. Dr. Lodgman sagte: „Mit dem verhaltenen Schmerz, mit welchem der Sohn von seinem Vaterhaus Abschied nimmt, grüßen wir den Präsidenten und die Versammlung", und eine tiefe Bewegung ging durch das ganze Haus, als er mit erhobener Stimme schloß: „Wir stehen in Hinkunft auf dem Boden zweier verschiedener Staaten, aber wir bleiben eins in Sprache, Denkart, Kultur und nationalem Bewußtsein. Wir scheiden im Raum, aber wir bleiben vereint im Geist." Das waren wohl von Herzen kommende und zu Herzen gehende Worte. Schrill aber klang und politisch töricht war die Aeußerung der kommunistischen Führerin Friedländer bei einer anderen früheren Gelegenheit in Wien, als die Entscheidung endgültig noch nicht gefallen war und die Verhältnisse und die Stimmungen sich noch in Gährung befanden. Das Wort: man werde dem Verlust Tirols keine Träne nachweinen, mußte die Tiroler aufs tiefste verletzen und empören. Das Wort war eine politische Torheit, weil es die Stimmung gegen Wien erhöhen und der Los-von-Wien-Bewegung einen neuen Anstoß geben mußte. Tirol hat seine Grenze der Nahrungszufuhr Wiens gesperrt und dessen Vertreter offen erklärt: „Tirol glaubt nicht an Wien!" So stark ist diese Stimmung angewachsen, daß sogar in Gebieten, welche zu Niederösterreich selbst gehören, die Neigung entstanden ist, sich von Wien und Niederösterreich loszusagen und Anschluß an Steiermark zu vollziehen.

In Wien selbst ist eine Los-von-Wien-Bewegung bemerkbar und mit dieser das Auswanderungs-Problem riesengroß geworden. Wien war früher der Polyp, welcher mit seinen tausend Fangarmen alles im Reich an sich zog: Die Menschen, die Industrie, das Kapital. Wie ein Magnet zog Wien den Reichtum, die Eleganz, die Schönheit, die Kunst, die Ehrgeizigen, die Leichtsinnigen, die Sorglosen an. Es gab nur eine Kaiserstadt, nur „a Wien". Heute giebt es dort keinen Hof mehr, keinen Adel, ist der ungarische Magnat, die tschechische Industrie, das galizische Oel verschwunden. Heute pochen schon die Vororte auf ihr Selbstbestimmungsrecht. Es ist, als ob Wien abgeschnürt werden sollte. Schon ist selbst in dem fruchtbaren Gebiet unter dem Semmering, dicht vor den Toren der Hauptstadt — dem Gebiet, auf welches der Appell an Amerika als auf das an Nahrmitteln reiche hingewiesen hat — die Trennungsfrage besprochen worden.

Heute möchte sich auch der Wiener von der ungastlich gewordenen Stadt trennen; es treibt ihn in die Ferne, aber niemand will ihn aufnehmen. Aus den Sommerfrischen ist er vertrieben, daheim ist kein Platz für ihn, und so drängt es ihn in die Fremde. In einem Stimmungsbild „Der Wiener und die Fremde" zu einer Besprechung des Auswanderungsproblems von Egon Dietrichstein im „Neuen Wiener Journal" heißt es:

„Wo beginnt nun für den Wiener die Fremde? Etwa jenseits Deutschösterreichs? Etwa beim großen, über den Ozean segelnden Auswandererdampfer? Die Fremde beginnt für den Wiener dort, wo Wien aufhört. Das niederösterreichische Dorf ist nicht mehr Heimatboden, wenn man als Heimat nicht eine geographische oder staatsrechtliche Zufälligkeit, sondern Zugehörigkeit und Freundschaft versteht. Der Wiener Heimatschein ist ein Dokument, mit dem man kaum mehr auf die Reise gehen, nirgends Gastrecht oder Aufenthalt erwerben kann. Das Reich, das ehemals in Nationen zerfiel, ist heute in Städte, in Bezirkshauptmannschaften parzelliert und zerteilt, welche die Gendarmerie auf dem Bahnhof aufgestellt haben, um jedem, der nicht in ihren Grenzen geboren oder seit Jahren ansässig ist, den Zutritt zu verwehren. Der Wiener konnte einst in der Fremde leben, heute kann er kaum in die entfremdete Heimat reisen. Aber über Oberhollabrunner Verbote und Retzer Strafverordnungen hinaus sieht er das Paradies chinesischer Reisplantagen, indische Tropengärten und afrikanische Dattelwälder. Der Wiener strebt zur kosmopolitischen Expansion, Leute, die nicht ohne Reisefieber nach Hilteldorf-Hacking fuhren, interessieren sich für die Wohnungspreise in Ceylon, wer heute noch einen biederen Kohl in dem Schmelzer Schrebergarten aufzieht, sieht sich schon als wohlbestallter Farmer amerikanischer Prairien. Pensionisten suchen aus ihrer Rente den Kaufpreis für eine von Karl May vorgeschriebene Cowboy-Ausstattung zu ersparen und reiten in diesen schwülen Sommernächten eines Ottakringer Hinterhofes über die Gebirgspfade der Kordilleren. Ausgediente Leute, die den Spaziergang zum Hermannskogel längst als ihren Lebensweg festsetzten und deren Sommerfahrt genügsam bis Mauer reichte, übertreffen an Abenteuerlust und Phantasiekraft die vorgeschrittenen Volksschüler, die, von der Lederstrumpflektüre kriegsbegeistert, aus den Gebüschen des Beserlparks Giftpfeile schleudern, der Kanarivogel im Fenster einer Hausmeisterwohnung schillert im Lichte der Auswandererphantasie als Paradiesvogelgefieder und der Kater, der über das Hernalser Pflaster schleicht, als Wüstenschakal. Niemals war die Heimat des Wieners so klein, aber niemals war seine Phantasie so groß, waren seine Zukunftsträume so ausschweifend rege. Niemals war die Reise in das Saltkammergut mit solchen Risiken verbunden wie eben jetzt und niemals wurde die Nachtruhe so lebendig durch das Rauschen der Urwälder und durch die Gegenwart der Orang-Utangs, die als Abdrucks auf der Bettdecke sitzt, gestört. Wer aber mit den Indianern noch nicht Bruderschaft getrunken und im Stalpieren noch nicht hinreichend geübt ist, erwägt im gemäßigten Auswandererehrgeiz eine Ansiedlung in einem Alpendorf oder in einer Provinzstadt Deutschösterreichs."

Das soll witzig sein, aber der Galgenhumor klingt durch, und die Wehmut über ein verlorenes Paradies und die Erschütterung durch die Tragik, daß Wien heute die bestgehaßte Stadt ist in dem Oesterreich, welchem man die Bezeichnung „Deutsch" vor seinem Namen weggestrichen hat.

Die maßgebenden Leute auf der Pariser Konferenz wußten, was sie taten, als sie die Bezeichnung „Deutsch" vor dem Namen „Oesterreich" wegstrichen. Die Verfassung der Republik Oesterreich hat das „Deutsch" ausradiert auch als Bindungsmittel der eigenen Staatlichkeit und ein Gemengsel von acht Einzelstaaten geschaffen. Daraus aber ergibt sich als logische Folge für die Republik Oesterreich die Notwendigkeit einer neuen Orientierung ihrer gesamten Politik.

* * *

Mit solcher Neuorientierung sieht die Frage nach den Chancen der Wiederaufrichtung der Monarchie in Oesterreich oder in Ungarn nur insoweit in Verbindung, als sie von auswärtigen Intrigen und Absichten aufgeworfen wird. Die Einsetzung des Erzherzogs Josef als „Gouverneur" Ungarns war so ein Intrigenstück von außen. Einer Rückkehr der Habsburger widerstreben heute selbst die Tiroler und Salzburger, die früher kaisertreu bis in die Knochen gewesen sind. Das Deutschtum Oesterreichs hatte der Kaiseridee immer noch gestrohndet und sich deren Träger immer noch gebeugt, nachdem jene längst schon ihres früher ausgesprochen deutschen Charakters entkleidet worden war. Die Habsburger-Politik hatte nicht nur den großdeutschen Gedanken bekämpft, sondern auch in der Doppelmonarchie den Schwerpunkt von den Deutschen abgerückt und auf die Seite allerlei Nationalitäten verlegt. Das Habsburgerreich hatte dadurch die Balance verloren und mußte purzeln, sobald das Schwergewicht der allerlei Nationalitäten in dem Entscheidungsringen auf die Seite der Gegner hinüberglitt.

Die Grundanschauung, auf welche das neue Oesterreich für die Formulierung des Wesens seiner neuen Staatlichkeit sich stützt und welche dessen Vertreter auch in St. Germain vertreten haben, geht dahin, daß es nicht Rechtsnachfolger der alten Monarchie, sondern ein „Sukzessionsstaat", grade wie der Tschechenstaat sei. Mit solcher Grundanschauung, daß das heutige Oesterreich etwas staatlich ganz neues sei, ist aber auch der historische Faden, welcher Oesterreich und Deutschland verknüpft hatte, abgeschnitten. Die großdeutsche Idee hatte in dem Habsburgerstaat ein Hindernis seiner Durchsetzung erblickt und sich selbst als logischen Nachfolger dieses Staates betrachtet. Ein ganz neues Oesterreich als „Sukzessionsstaat" bricht auch die Brücken ab, welche grade durch den prodeutschen Gedanken das frühere Oesterreich mit Deutschland innerlich verbinden haben.

Unter den obwaltenden Verhältnissen muß man die Haltung, welche der österreichische Staatskanzler Dr. Karl Renner in St. Germain und bei den Verhandlungen um den Friedensvertrag eingenommen hat, als eine kluge und von den Umständen gebotene bewerten. Auch wenn es ihm nicht gelungen ist, die abstrakten Forderungen des Vertragsentwurfs zu ändern, so ist ihm doch durch die erlangte Erweiterung der Vollmachten für die, mit der Ausführung der Bestimmungen des Vertrages betrauten Organe die Schaffung einer Möglichkeit späterer Anpassung der Forderungen an die wirkliche Leistungsfähigkeit Oesterreichs gelungen. Die ausdrückliche Feststellung, daß schon bei den Aufstellungen der Forderungen des Versailler Vertrages niemand erwartet habe, daß sie von Deutschland in ihrer ganzen Abstraktheit erfüllt werden würden, hat auch für Oesterreich dem Vertrage von St. Germain gegenüber Geltung. Unter diesem Gesichtspunkt ist das Bestreben des Staatskanzlers, die möglichst baldige Aufnahme Oesterreichs in den Völkerbund zu sichern, erklärlich.

Von dem Beitritt zum Völkerbund wird eine „Revision" des Friedensvertrages erwartet. Auch dieser Erwartung Bilder ist der Wunsch gewesen, aber es ergeben sich auch für die neue Republik Oesterreich Entwicklungsmöglichkeiten und es tauchen Zukunftsaussichten auf, welche ganz außerhalb der Funktionen des Völkerbundes liegen. Aus diesen Möglichkeiten ergeben sich die neuen Orientierungen.

Die „italienische Orientierung", welche besonders in den innerösterreichischen Ländern, und zwar mit auf Grund immer noch unter den Erwägungen der geographischen und wirtschaftlichen Interessengemeinschaften des alten Dreibundverhältnisses Vertreter gefunden hatte und welche gegen den südslawischen Ansturm gedacht war, war an der Starrheit, mit welcher Italien an der Brennergrenze und dem Anspruch auf Südtirol und den südwestlichen Teil Kärntens, wo kein einziger Italiener wohnt, festhielt, unmöglich geworden. Italien hatte einem Anschluß Oesterreichs an Deutschland an sich nicht feindlich gegenübergestanden. Das hatte den österreichischen Staatssekretär (Auslandminister) Dr. Bauer zur Befürwortung einer italienfreundlichen Politik veranlaßt. Er glaubte mit einer solchen Politik die Idee des Anschlusses an Deutschland fördern, betreffs Südtirols etwas herausschlagen und gleichzeitig Italien zu Frankreich, welches ganz andere Pläne betreffs Oesterreichs verfolgt und die Anschlußidee als „eine Gefahr für den Weltfrieden" verschreit, in Gegensatz bringen zu können. An der Weigerung Italiens, betreffs Südtirols überhaupt auch nur mit sich reden zu lassen, scheiterten die Pläne Dr. Bauers. Er trat von seinem Posten des Auslandministers zurück; wegen der „Halsstarrigkeit Italiens", wie er selbst in der Erläuterung seines Rücktrittsentschlusses erklärte.

Der Rücktritt Dr. Bauers hat wie das Erwachen aus einem Traum, die Zerstörung einer Illusion, die Ernüchterung aus einer Schwärmerei gewirkt. Der Traum, die Illusion, die Schwärmerei eines politischen Zusammenschlusses Oesterreichs und Deutschlands, aus der gleichen Gegenwartsnot entstanden und als Rettung in die Zukunft gedacht, ist zu Ende. Die Unverrückbarkeit der Tatsachen und die Nüchternheit der Wirklichkeiten müssen die Entschließungen bestimmen und der weiteren Entwicklung die Wege weisen. Man soll die Tränen trocknen und mit ungetrübten Augen die, von den Tatsachen und der Wirklichkeit der weiteren Entwicklung weisenden Wege erkennen. Die werden, wenn auch verschiedene Richtungen einschlagend, doch zum Zusammenschluß führen. Nicht nur unter dem Zwange der Gravitation, sondern auch durch die Gemeinsamkeit der Interessen als Wegführer.

* * *

Das Habsburgerreich ist zugrunde gegangen an dem Versuch, die politischen Gegensätze eines Nationalitäten-Konglomerats, welches die Willkür einer durchaus selbstischen Hausmachtpolitik zusammengeschweißt hatte, auszugleichen. Alle die Ausgleiche, das Experiment mit dem Dualismus, das Liebäugeln mit dem Trialismus stellten nur Notbehelfe dar, mit welchen der Prozeß der Auflösung des Nationalitäten-Mischmaschs höchstens aufgehalten, die logische Entwicklung zum Auseinanderfall indessen nicht gehemmt werden konnte. Der Kaiserkönigsstaat war in der Tat schließlich zu einem einzigen großen Gefängnis geworden. Und es bildet eine Verschuldung der österreichischen Deutschen an der Idee der eigenen Volkheit und deren Bestand, daß sie sich in diesem Gefängnis allzulange wohl gefühlt haben, während alle anderen Nationalitäten von der Sehnsucht ins Freie und in die Freiheit bereits erfüllt waren. Die Deutschen Oesterreichs haben die Gitter vor dem Fenster, welches den Ausblick auf die Entwicklungsmöglichkeiten ihres Volkstums gewähren sollte, nicht bemerkt. Sie haben sich immer noch als Stützen eines Staates betrachtet, in dessen Mauergefüge es bereits bedenklich knisterte. Sie sahen die Kerbe nicht, durch welche der Baum dem Schlag durch die Schicksalsaxt bestimmt war. Während die Nationalitäten in die Einheit strebten, verzettelten die Deutschen ihre vollvertretenden Kräfte in unter ihnen selbst bestehenden Gegensätze.

Selbst die schrecklichen Erfahrungen liche Energie in innerlichen Zwisten, des Krieges, auch die gleiche Not der bitteren Stunde haben nichts anderes zuwege bringen können, als einen Bundesstaat, aus acht Einzelstaaten bestehend. Auch die gleiche Zukunftssorge hat die inneren Gegensätze zwischen den einzelnen Gruppen der deutschen Volkheit Oesterreichs nicht in eine Einheit zusammenschließen, nicht einmal die Schroffheit der Parteigegensätze mildern können. Denn heute noch stehen die Außenländer gegen Wien, welches ausgehungert und abgeschnürt werden soll, und liegen die Linke und die Rechte, die Sozialisten und die Christlich-Sozialen, untereinander in Fehde.

In Wien selbst ist das Großkapital, nachdem der erste Anschluß-Rausch verflogen, von der großdeutschen Idee abgeschwenkt. Staatskanzler Dr. Karl Renner hatte, als er sich in St. Germain so höflich verbeugte, der Idee des Anschlusses an Deutschland den Rücken gewandt. Er war mit seinem Appell an die Hilfe Frankreichs der Sprecher derjenigen Kreise daheim, deren Orientierung in ganz anderer Richtung liegt.

Aber weder ein Verpassen des psychologischen Moments, noch die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts, noch die Erwägungen der Augenblicksbedürfnisse werden die einzig mögliche Entwicklung unterbinden können, die einzig mögliche auch für die verschiedenen neuen Nationalstaaten, welche auf Grund jenes grade für sie zur Geltung gebrachten Rechtes auf den Trümmern des einstmaligen Habsburgerreichs errichtet worden sind.

Das Axiom vom Recht der Selbstbestimmung ist, in den Gesichtswinkel des Ausblicks in die neue Zeit eingestellt, insofern unhistorisch, als es neue, die Staaten von einander trennende Mauern aufführt, die neue Zeit aber Schranken beseitigen und dafür Gemeinschaften gründen will. Zudem ist die Selbstbestimmung gar nicht einmal imstande, eine bestimmte Volkheit in ihrer, fremde Elemente ausschließenden Reinheit in die festumkinderte Form der Stadtlichkeit umzumodeln. „Militärische Notwendigkeiten" und „wirtschaftliche Lebensinteressen" haben den neuen Staaten Grenzen weit über den Geltungskreis ihres Volkstums hinaus gezogen und von Anbeginn ihrer Gründung an ihrer Staatheit den Stachel eingefügt, gegen welchen sie nicht lösen können.

Entfernt werden kann dieser Stachel nur durch die Errichtung einer, über die völkischen und willkürlichen Grenzen hinausreichenden, Gemeinschaft. Die Volkswirtschaft der Republik Oesterreich, die Ungarns und die der neuen Slawenstaaten werden aufeinander angewiesen sein und untereinander in Wechselbeziehungen treten müssen. Die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen wird in der kommenden Zeit der die Beziehungen zwischen den verschiedenen Völkern bestimmende Faktor sein und zwischen den verschiedenen Ländern die Grenzen verwischen und die Mauern einreißen. Auch in diesem Fall wird sich das Gesetz der Gravitation durchsetzen. Mit der französischen Hilfe, welche Dr. Renner erhofft, ist es nicht weit oder aber zu weit her. Wenn Frankreich, welches wirtschaftlich gebrochen aus dem Kriege hervorgegangen ist, heute die Errichtung einer „Donau-Föderation" begünstigt, so strebt es eine solche Gemeinschaft lediglich im eigenen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interesse an. Eine solche Föderation unter französischer Suprematie würde den gesamten früheren Habsburgerstaat in einen neuen Balkan umwandeln. Das Gesetz schon der Schwere verleiht einer wirtschaftlichen Gemeinschaft an der Donau eine ganz andere Richtung als die nach Westen.

Die neue Orientierung der Republik Oesterreich, welche schließlich doch nach Deutschland und mit diesem zusammen zu einem neuen Mitteleuropa und über dieses hinaus nach Osten führt, soll in einem zweiten Artikel im Sonntagsblatt der „N. Y. Staats-Zeitung" besprochen werden.

Italiens Proletariat.

(„Pester Lloyd".)

Budapest. Die erschütternden Kriegsereignisse haben uns so manches vergessen gemacht. So entsinnen sich die wenigsten, daß Italien zwei Monate vor Beginn des Völkerschlachtens in hellem Aufruhr stand. Zunächst waren 90,000 Eisenbahner in den Ausstand getreten. Dann folgte ein Generalstreik. Endlich brach die Rebellion in den Marken und in der Romagna aus. Hier brannte es lichterloh an der Küste und in der Ebene, in den Apenninen und am Po. Kirchen, Schlösser, Magazine wurden geplündert, Waffenläden ausgeräumt, Eisenbahnbrücken und Waggons in Brand gesteckt. Rund um Ravenna, Bologna und Rimini bildeten sich freie Gemeinden, selbstherrliche Kommunen. Die Bourgeois mußten Zwangssteuern entrichten, ihre Automobile und sonstigen Gefährte den Aufstandskomitees zur Verfügung stellen. Ueberall wehte die rote Fahne. Die Republik ward proklamiert, das „königliche Geld" für ungültig erklärt. Der gefürchtete Malatesta, die sagenhafte Marie Rygier und der Deputierte der Mafiosen, de Ambris, schürten die Unheilsbewegung. Antonio Salandra, der Premier, war der Verzweiflung nahe. Er und seine Freunde beschuldigten ganz offen Giovanni Giolitti der Urheberschaft dieses Frevels. Giolitti und seine radikalen Helfershelfer Nitti und Tedescho liebäugelten seit Jahrzehnten mit Sozialisten und Republikanern. Das auf die Spitze getriebene System Giolitti hätte also die „Anarchie gezeitigt", Italiens Proletariat „mit revolutionärem Geiste erfüllt". Da bot der Krieg selbstverständlich den einzigen Ausweg. Nun ist er zu Ende, nachdem er viel Blut und dreißig Milliarden Schulden gekostet hat. Das ersehnte große Siedlungs- und Arbeitsgebiet hat er aber nicht gebracht. Häfen und Berge hat Italien eher zu viel. Sizilien, das Reich der Mafia und Kamorra fühlt sich abermals betrogen. Aus Tripolis, das man seinem hungernden Volke als das biblische Kanaan vorgegaukelt hatte, kommen noch immer schlimme Nachrichten. Darbende Albanesen sind seinerzeit scharenweise nach Italien herübergekommen, wen zieht es jetzt nach Albanien? Adalia soll kapitalistisch ausgebeutet werden, welcher Italiener hat jetzt so viel Kapital? Dann ist der Krieg noch gar nicht liquidiert. Noch muß man mit Kroaten und Slowenen zanken, Griechen im Zaume halten, Türken versöhnen, Skipetaren befriedigen. Das alles ist mit großen Gefahren verbunden. Alles drängt zur Entscheidung. Filippo Turati schrieb einst über die Empörung des Magens. Sie ist da. Der Empörte weiß keine Worte zu artikulieren, aber er knurrt und bläht sich. Der Scheinsieg ist ihm Hekuba. Die Zeit vor dem Weltkriege lebt in Italien wieder auf. Da werden nun abermals die Radikalen von Giolitti hervorgezogen. Der noch kurz zuvor Geächtete, Sechsundsiebzigjährige hat offenbar keine Lust, selbst mitzutun. Nitti und Tedescho waren seine eifrigsten Mitarbeiter. Tommaso Tittoni hat seinen Fehler eingesehen. Die drei sollen es besorgen.

Das neue Ministerium Nitti, das Kabinett des früheren Ackerbauministers Giolitti, bedeutet ein Regime Giolitti. Es hat deshalb zwei Aufgaben. In Paris muß es die Verirrungen Orlandos und Sonninos wettmachen, daheim abermals mit den Sozialisten und Republikanern paktieren. Dort läßt sich nicht mehr viel verderben; hier steht noch alles auf dem Spiele. Italiens klassenbewußte Arbeiterschaft hat schon vor sieben Jahren auf dem Kongresse von Reggio Emilia mit den Sozialpatrioten gebrochen. In diesem Theatergebäude Mailands waren die italienischen Sozialisten am 8. Juli 1912 zusammengetreten, um mit den „Ministeriellen" abzurechnen. Schon damals empfand das organisierte Proletariat Italiens das Bedürfnis, die Tripolishelden, mit dem berüchtigten, allgegenwärtigen Leonida Bessolati an der Spitze, von sich abzuschütteln. Mit einer Mehrheit von 4000 Stimmen wurde der Antrag Modiglianis angenommen, der Bissolati und seinen Spießgesellen Cabrini und Bonomi die Türe wies. Die Reformisten waren damit gerichtet, die Tripolisscharte schien ausgewetzt. Modiglianis Antrag betonte mit aller Schärfe das Prinzip des Klassenkampfes, der in Hinkunft einen antimonarchistischen und dem gegenwärtigen Staate durchaus unversöhnlichen Charakter an sich tragen müsse. Infolgedessen trat auch der reformistische Deputierte Claudio Treves von der Redaktion des Avanti zurück. Dessen Leitung übernahm zuerst der Vollblutrevolutionär Giovanni Bacci, sodann der gleichfalls einwandfreie Luigi Mussolini. Der gewaltige Fortschritt zeigte sich schon am nächsten, dem vierzehnten Parteitage der damals, 1914, just zwanzig Jahre alten italienischen Sozialdemokratie. Durch die beschämenden Erfahrungen des libyschen Abenteuers und seiner Folgen belehrt, wandte sich jetzt auch der linksreformistische Flügel Turatis der intransigenten Taktik zu. Während des vorangegangenen Wahlkampfes, der der Partei die Verdoppelung der Mandate und eine Million Stimmen brachte, kämpften Linksreformisten und Revolutionäre Schulter an Schulter. Alle Beziehungen zu den verschiedenen anrüchigen Freimaurerorden wurden abgebrochen